



Dr. Thomas Goppel
30. April 1947. CSU Politiker.
Heimatstadt Aschaffenburg, Abitur in München, Philologie- und Geschichtsstudium hier, in Würzburg und in Salzburg. 1970–1974 Volksschullehrer. Seit 1974 Mitglied des Bayerischen Landtages. Verschiedene Ämter innerhalb der CSU, u. a. jugendpolitischer Sprecher und stellvertretender Landesvorsitzender. 1982 Promotion in Salzburg. 1986–1990 Staatssekretär für Wissenschaft und Kunst, anschließend bis 1994 Staatsminister für Bundes- und Europa-Angelegenheiten. 1994–1998 Minister für Landesentwicklung und Umweltfragen. 1999–2003 CSU-Generalsekretär. Seither an der Spitz des Wissenschaftsministeriums.

Dr. Thomas Goppel
Generalsekretär der CSU, München

„Maßstäbe für Politik im 21. Jahrhundert“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Mitglieder, Freunde, Gäste des Übersee-Clubs! Sehr herzlichen Dank, dass Sie mich heute zu sich nach Hamburg eingeladen haben. Noch bin ich nicht gefragt worden, aber ich sag's Ihnen: Ich komme aus Sachsen-Anhalt, und das Zeichen, dass ich da noch am Revers habe, ist das Landkreiszeichen von Wernigerode, wo ich nämlich die letzten beiden Tage verbracht habe, um im Wahlkampf mitzuhelfen und ein wenig von unserer Einsatzfreude hineinzutragen in ein Land, das viel Grund hat, beim Nachdenken das Handeln nicht zu vergessen. Das, glaube ich, ist ein wichtiger Ansatz.

Ich habe gerne Ihre Einladung angenommen, die Herr Dettweiler so nachhaltig ausgesprochen hat, in Ihrem Auftrag sicherlich, Herr Dr. von Foerster, um vor den Mitgliedern und Freunden Ihrer Runde zu reden. Zum einen haben Sie einen Ruf, der in München legendär ist. Wenn man erzählt, dass man zum Übersee-Club geht, dann erstarrt und erstaunt in München alles. Ihre Vortragsveranstaltungen und die Tagungen, die Sie durchführen, sind im Freistaat Bayern von solch qualitativem Ruf, dass es eine Auszeichnung ist, von Ihnen eingeladen zu werden, und eine noch größere, wenn so viele Zuhörer kommen.

Darüber hinaus bin ich gern bei Ihnen, weil es wohl zum ersten Mal – Herr Dettweiler und Herr Dr. von Foerster haben es mir bestätigt – in Ihrem Club vorkommt, dass Vater und Sohn hintereinander reden, auch wenn der Abstand 30 Jahre ausmacht. Ich habe heute Nachmittag noch mal im Gedächtnis gekramt, weil ich erst zu diesem Zeitpunkt davon gehört habe, auch das über den bayrischen Löwen, der damals noch verschenkt werden durfte. Wir sind inzwischen sparsamer geworden, wenn ein bayrischer Ministerpräsident unterwegs ist. Ich glaube, ich erinnere mich daran, dass meine Mutter damals schon den ausgezeichneten Ruf vom Übersee-Club in der Familie verbreitete. Wo ist der Vater, haben wir gefragt, und sie hat gesagt: „Er ist beim Übersee-Club in Hamburg, das ist ganz was Hochgestochenes.“ Ich freue mich, dass ich, wenn ich Sie nun kennen lerne, erfahre, dass meine Mutter sich zwar nicht getäuscht hat, aber dass sie in der Beschreibung eine Bemerkung eingefügt hat, mit dem ganz was Hochgestochenes, was eigentlich nur in ihrer Sprache verständlich ist, und das macht vielleicht auch meine Besonderheit aus.

Ich bin ein Mischergebnis bayrischer Heiratssucht nach Norden. Und so beschreibe ich auch eigentlich immer die Bayern, weil bei der Furcht davor, dass womöglich ein Süddeutscher Kanzler werden könnte, vergessen wird, dass wir im Freistaat nur mehr zur Hälfte aus Bayern bestehen. Und dass diese Hälfte nun wiederum aus mehr als einer Hälfte Franken und Schwaben und zu 40 Prozent aus Oberbayern und Niederbayern besteht. Wir haben 6 Millionen Altbayern, Franken und Schwaben, 2 Millionen aufgeheiratete Norddeutsche, 1,5 Millionen Sudetendeutsche, die uns das Tempo beigebracht haben, das ist neidlos anzuerkennen. Ohne die, die mit nichts als dem, was sie am Leibe trugen, vor 50 Jahren kamen, wären wir wahrscheinlich immer noch Ihr Urlaubsland Nr. 1 ohne jede andere anerkennende Demarche. Und schließlich gibt es in Bayern 1,5 Millionen Fremde aus aller Herren Länder. Die Österreicher gehören dazu, obwohl sie es gelegentlich vergessen machen wollen, ebenso wie 1,2 Millionen aus den ehemaligen sozialistischen Systemen in unserer Nachbarschaft. Deswegen verstehen wir Bayern es ganz besonders wenig, dass in Berlin Gysi Wirtschaftssenator geworden ist, weil uns diese gut 10 Prozent unserer Bevölkerung deutlich machen, dass das eigentlich überhaupt nicht nachvollziehbar ist. Es lässt sich über vieles nachdenken, aber es kann ja wohl nicht derjenige, der vorher dem Teufel gedient hat, anschließend den Versuch unternehmen, Bellzebub selber darzustellen.

Das ist ein bisschen schwierig.

Also, wie gesagt, am 7. Mai 1973 hat mein Vater als Ministerpräsident von Bayern und amtierender Präsident des Bundesrates bei einem Herrenessen des Übersee-Clubs im Atlantic-Hotel das Thema behandelt: „Hamburg und Bayern, weltoffener Föderalismus“. Herr Dettweiler hat mir vorhin gezeigt, dass Sie glücklicherweise denselben Fehler begingen, den wir in Bayern auch oft machen, dass wir nämlich Föderalismus mit einem vorderen R schreiben: „Förderalismus“. So ist er ja auch lange Jahre missverstanden worden. Wir haben uns angewöhnt, dass es in Wirklichkeit darum geht, uns gegenseitig zu unterstützen, wenn es notwendig ist. Bis 1993 waren wir bei denen, die davon profitiert haben, und seit 1993 sind wir bei denen, die anderen dabei helfen, das ähnlich gut hinzubekommen. Nur, wie gesagt, bis jetzt hat es kaum jemand geschafft, seine Position so nachhaltig zu verbessern wie wir.

Und ich glaube, das ist etwas ganz, ganz Wichtiges: Offen zu sein für das Neue und für das Andere, für die andere Denkweise, und dabei die eigene Identität nicht zu verspielen, sondern sie mit dem Fremden zusammen neu zu definieren. Das macht auch die Eigenschaften und die Maßstäbe aus, die ich gern ans 21. Jahrhundert legen möchte. Diese Offenheit für das, was mit der Globalisierung auf uns zu kommt, ohne deswegen die Bindungsverpflichtung an den eigenen Raum, die Gestaltungsaufgabe, die wir damit übernehmen, zu übersehen.

Zukunftspolitik muss auf einem festen Fundament verbindlicher Werte gründen. Unser Wertesystem in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg setzt sich im Wesentlichen zusammen aus unseren Verfassungsgrundsätzen und den Kernelementen christlich-abendländischer Traditionen. Es ist die gelungene Synthese so gegensätzlicher gesellschaftspolitischer Ziele wie Verbindlichkeit und Toleranz, wie Freiheit und Verantwortung. Die Synthese konnte deshalb gelingen und in die freiheitlichsten Staaten der langen europäischen Geschichte münden, weil unsere Werte bewusst auf dem christlichen Menschenbild aufbauen.

Drei Begriffe prägen ein Menschenbild, das beide großen christlichen Religionen inzwischen als Einheit vertreten: Personalität, Solidarität und Subsidiarität. Personalität, die 100 Jahre nach der Formulierung anders zu verstehen ist als damals. Damals hieß es, mach dich frei von Abhängigkeiten. Heute heißt der Auftrag, bring dich ein, sei selbst wer in dieser Gesellschaft und verlass dich nicht auf andere. Solidarität, die damals bedeutete, den Schwachen zu helfen, damit die Stärkeren uns nicht alle ausbooten, bedeutet heute für den Staat, dafür zu sorgen, dass die Mitglieder seiner Gesellschaft, das verwirklichen können, was sie für sich selbst als richtig erkannt haben. Dies alles in einem großen Freiheitsgedanken, aus dem heraus alles möglich ist, was nicht ausdrücklich verboten ist, der uns verpflichtet, möglichst wenige Vorschriften zu verabschieden, was wir aber dann doch nicht immer einhalten. Und schließlich die Subsidiarität, die in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt worden ist, aber in diesen Tagen ganz besonders an Aktualität gewinnt. Dabei würde ich jetzt, wenn dies eine Wahlveranstaltung wäre, während ich rede meinen linken Schuh ausziehen, ihn hochhalten und sagen: Das ist Subsidiarität. Um den Schuh, der gebunden werden muss, schart sich alles. Der Vater, der sich bückt, oder die Mutter, um dem Kind die Schuhe zuzubinden, und der Kleine, der aufmerksam immer mehr registriert, was da vor sich geht. Und jeden Tag wird es trainiert bis zu dem Zeitpunkt, zu dem der Kleine dann seine Knoten selber macht und womöglich lange Zeit damit verbringt, bis er ihn wieder aufknoten kann. In dieser Arbeit, die man miteinander verrichtet, wird erkennbar, dass man selber Arbeit sparen kann, wenn man sie jemand anderen beibringt, und dass derjenige, der etwas gelernt hat, einen Gewinn darstellt, weil er selbst etwas tun kann, was zwingend für ihn notwendig ist. Außerdem wird deutlich, dass man sich weiterentfaltet, und schließlich erkennt man auch den Verweigerer unter den Kindern, der nicht bereit ist, diese Lern- und Weitergabebereitschaft des Vaters anzuerkennen, und immer wieder sagt, „na binde mir du halt die Schuhe zu“, bis schließlich der Vater in seiner Wut Slipper erfindet. Irgendwann muss das so abgelaufen sein. Wenn man so will, ist die Subsidiarität, als die nicht geleistete Hilfestellung durch

einen anderen, der Ursprung für Technik und Erleichterung, die man sich sonst nicht verschaffen kann. Man beschafft sich Gerätschaften, die es leichter machen, Arbeiten zu verrichten.

Ich glaube, junge Leute lassen sich gewinnen für den Begriff der Subsidiarität, wenn wir ihnen sagen: „Das ist die Hilfe, die du in Anspruch nehmen kannst, weil sie andere schon entwickelt haben, und das ist die Verpflichtung für dich, Hilfe für andere zu entwickeln, damit du selbst den Kopf frei hast für neue Gedanken und Überlegungen.“ Wer so denkt, wird auch die Fortentwicklung unserer Zeit nicht aufhalten und alles, was neu ist, auch betrachten mit Bedachtsamkeit, unter dem Gesichtspunkt der Erfahrungen negativer Ergebnisse, die andere Entwicklungen mit sich gebracht haben.

In der Konkurrenz der Weltanschauungen hat sich das Christentum als wichtigste kulturgeschichtliche Konstante erwiesen. Nicht zuletzt wegen der Selbstbeschränkung des eigenen Absolutheitsanspruches. Ich glaube, das Christentum hat nur deswegen zwei Jahrtausende überlebt, ohne durch andere Weltanschauungen oder Ideologien ersetzt zu werden, weil dort der Andere das Maß ist und nicht der Einzelne oder eine ominöse Gesellschaft, die stellvertretend für den Einzelnen steht, in Wirklichkeit aber den Verantwortungsbegriff nicht auf sich bezieht.

Das christliche Menschenbild als politische Leitlinie kann so auch bei denen Akzeptanz finden, die selbst keine gläubigen Christen sind. Nach den Erfahrungen des 11. September müssen wir in diesen Tagen aufpassen, dass nicht andere, die diesen Grundsatz nicht gelten lassen, versuchen, ihn wieder aus dem Lehr- und Sprachschatz unserer Tage herauszuzaubern, und versuchen, uns zurückzuführen in eine Abhängigkeit des Einzelnen vom anderen je nachdem, wie er gerade eingestellt ist und wie er seinen eigenen Standpunkt definiert.

Wir brauchen mehr Standpunkt, weniger Beliebigkeit. Voraussetzung, um Toleranz zu üben, ist das Vorhandensein des eigenen Standpunktes. Der wiederum definiert sich politisch aus den Erfahrungen der Vergangenheit und den Anforderungen der Zukunft. Franz Josef Strauß hat das, wie ich meine, für uns alle verständlich ausgedrückt: „Nur wer weiß, woher er kommt, weiß auch, wo er steht und wohin er gehen will.“ Deutschland ist seit drei Jahren mit einer Regierungskoalition konfrontiert, deren Politik wenig Konzeptionen, dafür aber umso mehr Show-Elemente beinhaltet und erkennen lässt. Wenn, wie in den zurückliegenden Jahren, im Arbeitsministerium täglich ein neuer Referentenentwurf für die Renten geboren und im Wochenrhythmus ein anderes Gesamtpaket präsentiert wird, wenn dann in letzter Minute vor der Debatte im Deutschen Bundestag das künftige Rentenniveau um 3 Prozent gesenkt wird, wenn eine vorgeblich ökologische Steuer für Haushaltlöcher und Rentenkassen verwendet wird, wenn man die Rahmenbedingungen der Wirtschaft durch die Regelungswut überbordender bürokratischer Vorschriften verschiebt, ohne deren Auswirkungen zu bedenken, wie beim 630-DM-Gesetz oder bei der Scheinselbstständigenregelung – dann verlieren Rentner, Erwerbstätige, Existenzgründer, Berufspendler und Firmeninhaber die Planungssicherheit, die für ihre Lebensführung oder ihren Betrieb unumgänglich ist.

Wenn Politik in einem Land nicht berechenbar ist für den, der investieren soll von außen und von innen, dann fliehen die Menschen, flieht Kapital. Politik hat nicht die Aufgabe, Verunsicherung zu produzieren, sondern die Pflicht, der Verunsicherung entgegenzutreten.

Politik, die das Vertrauen der Menschen auf Dauer gewinnen will, muss auch in der modernen Mediengesellschaft unterscheidbar und kalkulierbar bleiben. Bloße Koordinatenverschiebung à la Neue Mitte, die dann nicht definiert wird, reicht dazu nicht aus.

Wir brauchen eine Kultur der Verantwortung. Jeder Einzelne ist aufgefordert, künftig noch stärker Verantwortung für sich und für andere zu übernehmen. Selbst die letzten Protagonisten des Betreuungsstaates müssen allmählich eingestehen, dass neue Elemente der Eigenverantwortung dort eingebaut werden müssen, wo die Alimentations- und Umverteilungssysteme staatlicher Fürsorge an ihre finanziellen Grenzen stoßen. Wir wollen eine Kultur

des Hinsehens, des Einstehens für Randgruppen und für Benachteiligte. Wir wollen Sicherheit auf unseren Straßen. Niemand bekämpft Gewalt und Verbrechen erfolgreicher als die Innenminister der Union. Nirgends ist die Kriminalität niedriger und die Aufklärungsquote höher als in den südlichen Ländern Deutschlands. Wir wollen eine Kultur des Hinsehens und eine Kultur der mutigen Problemlösungen. Und, meine Damen und Herren, ich halte es für wichtig, dass wir uns wieder angewöhnen, von Mehrheiten zu reden. Das klingt zwar aus bayrischem Mund ein bisschen überheblich, aber wie gesagt, ich habe eine norddeutsche Mutter. Es ist schade, dass wir nur noch darüber reden, wer mit wem nach Wahlen koaliert, statt die eigene Position wirklich unverfälscht nach draußen zu tragen: „Wenn ihr uns mit einer entsprechenden Mehrheit ausstattet, dann wird diese Linie nicht verlassen.“ Wir ärgern uns alle darüber, dass Politik unberechenbar geworden ist. Wenn die Wähler ungewöhnliche Kombinationen ermöglichen bzw. erzwingen, dann dürfen sie sich nicht wundern, dass die Konditionen nicht mehr stimmen.

Europa – damit bin ich bei dem übergeordneten Kapitel, das wir dabei bedenken müssen – braucht den demokratischen Grundkonsens. Extremistische Gewalt ist nicht teilbar in eine verständliche oder entschuldbare linke Gewalt, weil angeblich moralisch begründet, und eine andererseits unentschuldbare Gewalt von Rechtsextremisten. Trotz allen Verständnisses durch höchste Repräsentanten unseres Staates, die besser ihre parteipolitische Neutralität gewahrt hätten: Frühere Serien-Gewalttäter, die unsere demokratische Ordnung durch organisierte Randale und Angriffe auf Polizisten umstürzen wollten, haben nach meiner Meinung in einer Bundesregierung nichts zu suchen. Und es ist jungen Menschen auch nicht vermittelbar, wenn wir sagen, wir himmeln den an, der im Laufe seines Lebens zunächst möglichst viel Unfug gemacht hat, um dann später daraus die Lehren zu ziehen. Ich weiß, dass unter denen, die ordnungsgemäß leben, viele strohtrockene Köpfe sind, die man für solche Ämter nicht verwenden kann. Aber es sind ja nicht alle so. Und ich halte es für ganz wichtig, dass man diese Position wieder einmal einnimmt. Verzeihen ist gut, vergessen ist auf der anderen Seite Leichtsinn.

Extremismus lässt sich nur dann glaubwürdig bekämpfen, wenn die Demokraten sich davor hüten, auf einem Auge blind zu werden. So betrachtet, trägt die Partei des derzeitigen Bundeskanzlers auch seit der faktischen Koalition mit der PDS in Magdeburg sowie der vertraglichen in Schwerin und Berlin eine Augenklappe. Vor einiger Zeit berichtete die Berliner Zeitung, PDS-Geschäftsführer Bartsch habe bestätigt – und das scheint mir wichtig, weil wir das alle verdrängen –, dass es bei Wahlen immer wieder Leute gibt, die mit der Erststimme PDS und der Zweitstimme DVU oder die Republikaner wählen. Ähnliche Beobachtungen kannten wir bereits aus dem Wahlverhalten gegen Ende der Weimarer Republik. Und, meine Damen und Herren, anlässlich der Diskussion um die Zuwanderung im Bundesrat war es ja Peter Struck, dem als Erstem einfiel, dass er sich an die Zeit des Dritten Reiches erinnert fühlt. Meine Damen und Herren, es ist nicht wichtig, ob wir uns erregen können, und es ist nicht besonders klug, dass einer der Teilnehmer nachher erklärte, er habe sich vorher darauf vorbereitet. Dass er das mit dem Begriff des Theaters tut, ist nicht glücklich. Aber sachliche und strategische Vorbereitung muss jetzt wohl sein.

Meine Damen und Herren, wenn drei Jahre in dieser Republik alles so vorbereitet wird, damit ARD und ZDF oder RTL und SAT 1 am Ende die richtigen Sequenzen senden, und dann einmal die Opposition an einer Stelle das durchkreuzt, weil sie deutlich macht, dass Theater stattfindet, dann meine ich, wäre unsere Aufregung erst gerechtfertigt, wenn wir gemeinsam an der Wahlurne stehen und zu entscheiden haben, wem wir eigentlich die Zukunft anvertrauen wollen. Den Schauspielern oder den Rezensierenden. Sie kennen den Unterschied aus dem „Brandner Kaspar“ von Kobell. Nebenbei erwähnt: Er wird zurzeit im Münchner Theater zum 1300. Mal aufgeführt. Wenn man die Leute fragt, die reingehen, sind es interessanterweise meistens unsere Freunde aus dem Norden, die Bayern kennen es wahrscheinlich schon auswendig. In diesem Stück jedenfalls gibt es den wunderschönen Satz, der Unterschied zwischen Bayern und Preußen sei der, dass der Preuße den Denk-

vorgang mitspricht und der Bayer erst das Ergebnis bekannt gibt. Manchmal kommt das Ergebnis ein bisschen spät, und auf der anderen Seite sehen Sie beim Transrapid und solchen Gelegenheiten sehr wohl deutlich, wie das in der Kombination dann geht.

Seit 1949 hat der demokratische Grundkonsens, auf jede Zusammenarbeit mit den Extremisten von links und rechts zu verzichten, der Bundesrepublik politische Stabilität gegeben. Konsensdemokratie ist ein neuer deutscher Begriff, geboren von den Verantwortlichen aus der Not eigener Unfähigkeit und Zerstrittenheit. Wer seinen eigenen Haufen nicht mehr zusammenhalten kann und deswegen vor der Beratung des Gesetzes im Parlament den Konsens der Straße sucht, um anschließend das Parlament mit Druck zu einen, verrät die Konditionen, unter denen wir heute Politik machen. Und wenn das die Menschen verdrossen macht, weil sie merken, dass Parlamentarier ausschwärmen, um die Leute zu fragen, was sie denken dürfen; und wenn die Leute verdrossen werden, wenn sie mitkriegen, dass dann, wenn sie ihre Meinung einen Augenblick anders artikulieren, eine Mehrheit im Parlament ganz schnell die Positionen wandelt, ohne dafür eine Begründung zu haben, dann meine ich, müsste dafür Verständnis sein.

Konsensdemokratie kann nicht dazu führen, einerseits der Opposition Mitverantwortung für jedes Gesetzesprojekt aufzubürden, selbst wenn sich Vertreter der Opposition finden, die mit Begeisterung ihre Bedeutung wieder etwas mehr in den Mittelpunkt rücken, und andererseits Koalitionsfähigkeit mit Extremisten zu postulieren. Meine Damen und Herren, zum einen zu postulieren, im Parlament von Baden-Württemberg oder sonst wo hätten Republikaner nichts verloren und es sei unanständig, wenn man nur darüber nachdenkt, ob sie überhaupt demokratisch gewählt seien, aber auf der anderen Seite zu sagen, die PDS sei demokratisch gewählt, deswegen jede Koalition gerechtfertigt, das ist heuchlerisch. Entweder- oder. Eine Teilung der Position gibt es nicht. Und einer der Maßstäbe ist, dass man verlässlich bleibt.

Ich sprach von der Verantwortung, von der Personalität, von dem, wozu ich selber stehe. Und von dem, wo ich verlässlicher Partner für jeden anderen bin. Wenn ich, je nachdem, wann es mir gerade passt, die Verlässlichkeit aufgebe, dann darf ich mich nicht wundern, wenn junge Menschen von dieser Demokratie nichts wissen wollen. Und wenn heute jemand auswandert – wie gesagt, ich war zwei Tage in Sachsen-Anhalt, und eine Menge junger Leute dort gehen weg – dann liegt es nicht nur daran, dass sie Arbeit woanders suchen. Denn eigentlich müsste man ja von den Tüchtigen erwarten, dass sie zu Hause bleiben und die Politik ablösen, jedenfalls die, die heute verantwortlich ist, unabhängig von Parteien. Wenn die Tüchtigen gehen, nicht bleiben, um vor Ort zu verändern, muss der Frust groß sein. Dann haben die jungen Menschen auch die Erfahrung gesammelt, dass es zwecklos ist, zu Hause anzupacken und anzuschlieben, und dass es eine andere Grundidee und eine andere Grundüberzeugung und einen Gemeinschaftsgeist anderer Art geben muss, damit man sich wieder traut zu bleiben und etwas auf die Beine zu stellen. Ein Professor aus Amerika, ausgewandert vor 30 Jahren – wir haben ja das Phänomen schon länger, dass die Tüchtigen gehen aus vielerlei Gründen, die ich jetzt nicht zu beschreiben habe –, ist mir jüngst im Intercity begegnet. Dieser Professor, der mir dort über den Weg lief, gehörte zu den Bush-Trainern in Amerika. Dieser Professor hat mir gesagt: Ihr leidet unter einer Schocklähmung. Wir haben zwei Stunden darüber diskutiert, und es scheint mir sehr einsichtig, was er sagt. Es passt zur deutschen Mentalität, dass man im Zweifel eher ängstlich ist. Er sagt, Schocklähmung bedeutet, dass ihr alle wisst, woran es fehlt, aber euch nicht traut, es anzupacken. Wenn es euch nicht gelingt, das in den nächsten zwei oder drei Jahren auf die Wege zu bringen, wenn ihr weiter zurückhaltend seid bei Gesundheitsvorsorge und bei Rente und allen möglichen anderen Dingen, bei der Frage der Lohnnebenkosten, wie sie sich entwickeln, bei der Betriebsverfassung, und wenn ihr die nächste Legislaturperiode verstreichen lasst, dann seid ihr endgültig so weg vom Fenster wie die alten Römer vor 2000 Jahren. Und ich finde, er hat Recht, je länger ich darüber nachdenke.

Die wichtigste Zukunftsinvestition, die wir haben, ist unsere Bildung, die

wir in den letzten 20 Jahren, glaube ich, quer durch die Republik, das hat mit Süd und Nord und mit Ost und West nichts zu tun, vernachlässigt haben.

Der Faktor Bildung, als Ausgangspunkt für Zukunftsinvestitionen, ist in den letzten 20 Jahren zu kurz gekommen, weil wir ständig darum bemüht waren, Lehrern und Eltern Erleichterungen zu verschaffen und die Kinder, damit die Eltern sich nicht aufregen, nicht besonders zu belasten. Die Kinder leiden unter einem unglaublichen Stress, wenn sie in die 4. Klasse oder in die 6. Klasse bei ihnen gehen – das ist egal, wie man es organisiert –, weil dann Entscheidungen fallen, ob sie das Abitur machen dürfen oder nicht. Aber da entsteht ein riesiger Stress, der die Kinder am Ende auch ausflippen lässt, während die Eltern zutiefst betrübt sind und das Leben zu Ende geführt sehen, wenn die Kinder nicht ins Gymnasium eilen können. Dabei ist die Frage nicht, was einer an einer bestimmten Schulart besonders zu leisten im Stande ist, sondern was er im Leben zu leisten im Stande ist. Und es ist notwendig, dafür zu sorgen, dass wir jede Ressource ausschöpfen. Bei uns werden die Ressourcen der praktischen Fertigkeiten verschüttet, nur damit der Geist noch ein Stückchen mehr gefördert wird, welcher aber gleichzeitig bei ständigen nachmittäglichen 5-stündigen Fernsehprogrammen entleert wird. Wie wollen Sie jemanden im Kopf schulen, wenn sie ihm auf der anderen Seite ständig immer nur beibringen, wie man ohne Antwort eine Menge von oberflächlichem Wissen in sich hineinschaufelt. Keinen Kommentar, keine gemeinsame Diskussion, nichts, da muss am Ende die Leere stehen.

Dass unsere Kinder nicht lesen können, meine Damen und Herren, liegt nicht daran, dass sie es nicht geübt hätten und dass sie nicht in der Lage wären, Buchstabenkonglomerate zu entziffern. Sie wissen den Inhalt nicht mehr. Sie lesen es leer, ohne Bezug zu dem, was sie als Text haben. Sie haben verlernt, kreativ im Kopf und fantasievoll im Geiste zu sein, während sie einen Text aufnehmen. Und wenn Sie manchen im Bundestag lesen hören, was er sich da aufgeschrieben hat, haben Sie den Eindruck, er ist ein bisschen zu früh in den Bundestag gekommen. Die Beschreibung jedenfalls wird mir niemand verübeln.

Was die staatlichen Bildungsanstrengungen betrifft, geschieht in Bayern seit Jahren zwar Vorbildliches, aber immer nur gemessen an den deutschen Ländern. Im internationalen Vergleich haben wir jedoch gemeinsam noch unglaublich viel zu tun. Ich war vier Jahre lang Lehrer, und seit diesen vier Jahren habe ich versucht, ein paar Dinge durchzusetzen. Manche davon sind inzwischen durchgesetzt, andere nicht, und wieder andere, die ich gar nicht wollte, wie z. B. verpflichtende Sexualerziehung, sind dafür Realität. Ich war absolut dagegen, weil ich der Meinung bin, dass man etwas Partnerschaftliches auch partnerschaftlich besprechen muss. Das sollte man nicht unter 30 Schülern machen. Die Tatsache, dass es einen biologischen Vorgang in diesem Zusammenhang gibt, ist nicht mein Problem. Mein Problem ist, dass ein Mensch Zugang dazu findet, was die menschliche Bindung und Verbindung zum Anderen und was Liebe bedeutet. Das können Sie nicht mit 1 : 30 unterrichten. Das geht nicht.

Wenn inzwischen in den städtischen Bereichen auch bei uns ein Drittel aller Mütter allein erziehend ist und auch allein erziehende Väter zunehmen, dann heißt das, dass ich einen anderen Unterricht halten muss, weil das Kind am Nachmittag nicht den Wiederholungsprozess in der Sozialisierung, zumindest mit seinen Geschwistern, erlebt. Es erlebt den Vereinsungsprozess vor dem Fernseher. Dort, wo zusammen gespielt wird, hat man eine ganz andere Gesellschaftseingewöhnung. Jetzt richtet man dafür Horte und Kindergärten ein, aber ich sehe jetzt schon, dass wir dann den Kindergarten mit einem Bildschirm ausstatten müssen. Und wenn der damit ausgestattet ist und die Kinder dann alle am Internet sitzen und surfen, dann sind wir wieder so weit, dass der Mensch den anderen nicht kennt. Aber die Kindheit ist dazu da, dass man den Menschen als Gegenüber kennt, erfasst, mitbekommt und daran auch die eigenen Fähigkeiten misst. Lehrer sind darauf bis heute nicht eingestellt.

Ich will das durch Fakten unterstreichen. Zu meiner Zeit als Lehrer kamen 90 Prozent aller Kinder aus Mehrkindfamilien bzw. aus intakten Familien.

Bei 10 Prozent war es ein bisschen schwierig. Heute ist es in vielen Bereichen genau umgekehrt: 90 Prozent stammen aus nicht intakten Familien, und da bleiben nur noch 10 Prozent übrig. Oder bei uns am Starnberger See: 90 Prozent der Kinder gehen auf das Gymnasium, 10 Prozent bleiben übrig, davon einer deutsch, der Rest türkisch. Aber nicht deswegen, weil die Türken die Fähigkeiten für das Gymnasium nicht grundsätzlich mitbrächten, sondern weil die Eltern verhindert haben, dass sie Deutsch lernen.

Eine Bundesregierung, die nach wie vor davon ausgeht, es sei nicht so wichtig, ob jemand Sprachkenntnisse hat, und die Integration nicht bezahlen will, die macht dieses Deutschland kaputt. Als Hans Maier, unser früherer bayerischer Kultusminister, vor 20 Jahren einführen wollte, dass die Kinder Deutsch lernen, wenn sie zu uns ins Land kommen, bezichtigte man ihn der Zwangsgermanisierung, welche unterbunden werden müsse. In keinem anderen Land dieser Welt werden die Kinder davon abgehalten, die Sprache des Landes zu lernen, sondern sie werden gerade dazu veranlasst. Bei uns wird gesagt, das braucht man nicht, man kann das anders machen. Und wenn wir sagen, wir wollen den Familiennachzug nicht mit 18 Jahren haben, sondern dass wir runtermüssen mit dem Alter auf 12 Jahre, dann nicht wegen der Mehrzahl der Kinder, die in diesem Land leben, sondern wegen einer einzigen Gruppe der anderen Kultur, die in der Türkei gepflogen wird. Wo die Mädchen zuerst nach Hause geschickt werden und dann ohne Kenntnis des Landes, der Bedingungen, der Sprache, der Gesetze zurückkommen und in einer anderen Welt leben und nachher dazu beitragen, dass wir bei PISA besonders schlecht abschneiden.

Wir haben wirklich Begründungen, die wir sehr intensiv miteinander diskutieren müssen. Da wir heute Abend so viele Wirtschaftler hier haben, bitte ich Sie, helfen Sie mit, dass wir wieder seriös über diese Frage diskutieren.

Mit dem Zuwanderungsgesetz wird Unfug verabschiedet, meine Damen und Herren. Da wird festgelegt, dass wir im humanitären Bereich noch mehr Zuwanderung bekommen und zusätzlich Zuwanderung aus dem hoch qualifizierten Bereich erfolgt. Das ist ein Erweiterungsgesetz, alles andere ist gelogen, und zwar wissentlich. Und wenn Sie aus der Wirtschaft Stellung nehmen, dann bitte ich Sie händeringend darum, dass Sie unterscheiden und uns wenigstens zugestehen, dass wir im humanitären Bereich in dem Augenblick, wo wir die andere Zuwanderung steigern, einmal sagen: Nicht alle, die meinen, sie seien Asylanten, dürfen zu uns, sondern nur die, die es sind. Und das sind am Ende 5 Prozent. 95 Prozent der Antragsteller auf Asyl schicken wir nach Hause, die meisten davon erst nach einigen 8 Jahren.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns auf die 4–5 Prozent beschränken, die dann bleiben dürfen, und von vorneherein den Menschen klarmachen, wer einmal bei uns um Asyl gebeten hat und nicht anerkannt wird, braucht nie wieder zu kommen, – wobei aber der, welcher dieses mit Berechtigung sagt, bei uns eine gute Chance hat –, dann bekommen wir Zahlen, mit denen wir die Ausweitung im wirtschaftlichen Bereich so großzügig machen können, wie wir sie nach Lage der Dinge gar nicht brauchen.

Wir waren bei der Bildung. Was also die staatlichen Bildungsanstrengungen angeht, leisten wir in Bayern ganz Ordentliches, deutschlandweit aber immer noch zu wenig. Hochschulreform, Schulreform, 6-stufige Realschule, Bildungsoffensive Bayern und die landesweite High-Tech-Offensive mit dem zusätzlichen Einsatz von Mitteln aus Privatisierungserlösen machen deutlich, dass wir im Freistaat den klaren Schwerpunkt staatlicher Investitionen auf Bildung, Forschung und neue Technologien setzen. Und meine Damen und Herren, das wird unsere einzige Chance sein. Das Wissen, das wir haben, müssen wir optimal präsentieren. Wissen in die Tat umzusetzen, darin wird bei uns investiert. In einem riesigen Tempo muss es uns gelingen, eine Aufholjagd zu starten, und das geht nur, wenn wir die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so weit gleichstellen gegenüber anderen Staaten in unserer Nachbarschaft. Nebenbei: Nicht die Höhe des Lohns, sondern die Höhe der Abgaben ist dafür entscheidend, ob wir im Wettbewerb bestehen können. In den letzten 10 Jahren sind 47 von 100 Arbeitsplätzen, die aus dem Ausland nach Deutschland gekommen sind, in Bayern angesiedelt worden. Ich gehe

davon aus, dass eine solche Zahl nur zustande kommt, wenn man in einem Land ganz konsequent bei einem Thema bleibt.

Und jetzt kommen wir zu Alfons Goppel: Der hat nach Hanns Seidel Straßen in alle entfernten Landesteile und die ersten Universitäten gebaut! Wir hatten zunächst drei, später dann sieben Universitäten. Franz Josef Strauß kam und hat drei weitere Unis und 10 Fachhochschulen gegründet. Das war auch wichtig, weil wir nicht nur Theoretiker und Nobelpreisträger brauchen können, sondern auch viele Praktiker. Dann haben wir daneben Gründerzentren gesetzt und haben zugesehen, dass wir uns in Europa einbinden. Daraufhin haben wir jetzt die High-Tech-Offensive gestartet, damit die Universitäten auf dem neuesten Stand sind. Wir haben unsere 9 Milliarden Privatisierungserlöse fast nur in die Universitäten gesteckt. Die derzeitige Bundesregierung nimmt die UMTS-Erlöse, um Schulden abzuzahlen. Wenn diese 100 Milliarden in ein eigenes Programm Ost zur Förderung des Wissens und der Existenzgründerinitiative in den Ostländern geflossen wären, dann könnte ich mir vorstellen, dass das wirklich eine interessante Offensive gewesen wäre. Aber da brauche ich auch Ministerpräsidenten, die zur rechten Zeit zustimmen und nicht ablehnen.

Unsere Schulen waren schon im letzten Jahr komplett im world wide web, doppelt so viele wie damals in Nordrhein-Westfalen. Neue Studien des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung belegen den strukturellen Bildungsvorsprung unseres gegliederten Schulwesens vor dem rot-grünen Modell der Gesamtschulen. Wobei ich hinzufüge, dass man die PISA-Studie dabei vergessen kann und überhaupt nicht zu diskutieren braucht. Nicht die Länge der Schulzeit spielt die wichtigste Rolle, nicht die Frage der Klassenbildung, nicht wie groß die Klasse ist, nicht ob es sich um eine Gesamtschule oder um etwas anderes handelt. Die wichtigste Rolle spielen Eltern und Lehrer in der Zuwendung zum Kind.

Nach der TIMSS-Studie hat ein bayrischer Gymnasiast der 10. Jahrgangsstufe im Fach Mathematik gegenüber dem Gesamtschüler aus NRW einen Wissensvorsprung von zwei Jahren. Für Niedersachsen gilt das Gleiche. Ich sage das nicht, um anzugeben. Ich sage es einfach, weil daraus deutlich wird, dass die Zuwendung eine entscheidende Frage ist; ebenso die Frage, wie ich mit den Kindern umgehe.

Standortpolitik muss offensiv angelegt sein. Am Beispiel der Kohlepolitik wird evident, wie schlecht Politik beraten war und ist, wenn sie versucht, den fälligen Strukturwandel aufzuhalten oder zu verzögern. Ausgleichende Politikansätze dürfen nicht statisch und konservierend, sie müssen dynamisch ausgerichtet werden. Moderne Standortpolitik mit zukunftsorientierten Investitionen in die Infrastruktur ist in der Lage, Verluste in anderen Sektoren auszugleichen.

Meine Damen und Herren, wir haben auf der einen Seite 700 Arbeitsplätze verloren, weil große Kraftwerke von EON bei uns zugemacht haben, da es für sie insgesamt nicht mehr rentabel war. Gleichzeitig haben wir in München am Flughafen München II, den man natürlich erst bauen muss – nicht wie die Berliner –, dann eine entsprechende Aufmörtelung der Mitarbeiter um über 1000 Arbeitsplätze bekommen. Das heißt, wenn ich an der einen Stelle nicht mehr kann, muss ich an der anderen loslegen.

Politik hat den Auftrag, diejenigen zu holen, die eine Idee für morgen haben, und denjenigen, die eine von gestern haben, dabei zu helfen, sie anständig zu beenden.

Für Wirtschaft und Arbeitsplätze wird es immer besser sein, wenn der Staat nicht bremst, sondern Gas gibt. In der Nähe meines Wahlkreises liegt der Ort Martinsried. Als Trittin noch verhindert hat, dass in Deutschland überhaupt über Gen-Technik geredet wurde, waren wir dabei, mit anderen zusammen den Wettbewerb aufzubauen und mit Biotech- und High-Tech-Regionen in Bayern der Konkurrenz den Rang abzulaufen. Heute gehören wir mit London und mit den amerikanischen Standorten zu denjenigen, die an dieser Stelle ganz vorne mit dabei sind. Inzwischen versuchen alle anderen aufzuholen. Meine Damen und Herren, das ist ja auch gut so. Wir wollen ja den Wettbewerb, der muss ja sein, dass einmal der und dann ein anderer an der Spitze ist.

Dabei ist immer die wesentliche Frage, bin ich offen für die neue Entwicklung? Habe ich junge Leute, die mitmachen? Als ich Staatssekretär im Wissenschaftsministerium war, 1986–90, da kamen 20 junge Leute zu mir, die gesagt haben, ich möchte in Amerika studieren, helfen Sie mir! Wir haben geholfen mit Seidel-Stiftung, Adenauer-Stiftung, Stipendien und was weiß ich noch alles. Von den 20 sind 18 nicht zurückgekehrt. Zwei sind wiedergekommen, das lag daran, dass sie die Freundin von vorher noch hatten. Also nicht wegen dieses Landes. Nicht wegen unserer Bedingungen, nicht wegen unserer Politik, und das ist schon 86/90 gewesen, das liegt jetzt 12 Jahre zurück. Diese jungen Wissenschaftler haben immer noch nicht den Eindruck, dass bei uns etwas vorwärts geht.

Also müssen wir handeln. Und da wir alle im Durchschnittsalter, wenn ich das zusammenzähle, so ungefähr in meinem liegen, die Herren natürlich nur, will ich Ihnen ausdrücklich sagen, ist unsere wichtige Aufgabe, dass wir den Jungen den Mut geben, anzuschieben. Es hat keinen Sinn, wenn wir mit unserer inzwischen gewachsenen Zögerlichkeit eher sagen: „Geh weiter, es ist so gemütlich. Lasst es doch so, wie es ist, es muss doch gar nichts geändert werden.“ Und die Jungen werden noch stärker weggehen, wenn sie den Eindruck haben, dass wir ihnen die Zukunftsaufgaben jetzt schon finanziell so belasten, dass sie sie nicht mehr finanzieren können. Dann gehen uns nicht nur die türkischen Gastarbeiter, die ich jetzt noch mal nenne, zu Hunderttausenden aus Berlin am Ende für die Rente nach Hause, weil es dort besser zu leben ist, und nehmen die Konsumkraft daraus mit, was häufig vergessen wird, sondern dann gehen auch unsere eigenen Tüchtigen weg. Wir haben nicht mehr die Spitzenentwicklung, die notwendig ist. Für die muss gearbeitet werden, und für die muss die Wahl am 22. September anders ausgehen als die letzte Bundestagswahl.

Mutige Strukturentscheidungen zahlen sich für die Menschen aus. Unsere bayerische Arbeitslosigkeit liegt bei 6 Prozent, bei uns entstehen doppelt so viele neue Arbeitsplätze wie im Bundesdurchschnitt. Die Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt liegt bei 20 Prozent, dreimal so hoch. Die Selbstständigenquote liegt bei 7 Prozent in Sachsen-Anhalt, bei uns bei 14 Prozent, und wir sind dabei im europäischen Konzert immer noch die niedrigsten. Frankreich hat 15 Prozent, andere 16 Prozent, Amerika 20 Prozent! Das heißt, selbst wir haben großen Nachholbedarf. Und wenn das diejenigen feststellen, die eigentlich vernünftige Verhältnisse haben, die sich auch zurücklegen könnten, dann ist es doch an der Zeit, dass wir für alle anderen einen neuen Schwung nehmen und den Mittelständler fördern, wo immer es geht.

Die Diskussion um Risiken darf nicht zur Mutlosigkeit führen. Die Zukunftsangst weniger, aber lauter Zeitgenossen darf die Chancen vieler nicht fesseln. Zukunftssicherung im 21. Jahrhundert setzt die Bereitschaft voraus, dem Menschen zu trauen. Nach wie vor stehen der Versuch und seine Prüfung auf Tauglichkeit im methodischen Zentrum der Naturwissenschaften, so hat es Popper formuliert.

Ich bekenne mich zu der Notwendigkeit von Technikfolgenabschätzung, ethischer Bindung der Naturwissenschaften und nachhaltiger Politik. Aber Bindung, Bedenken und Rücksichtnahme können nicht die Aufgabe von Zielen bedeuten. Das Neue Testament schreibt in seinem Kapitel bei Matthäus über die Talente genau, was wir nicht tun dürfen. Aber Jürgen Trittin, der ja gesagt hat, er sei Gott noch nicht begegnet und er werde ihm wohl auch nicht lebend begegnen, verweigert ja die Lektüre dieses wichtigen Kapitels über die Talente. Der Erste bekommt fünf, der Zweite zwei, der Dritte eins. Der Erste verdoppelt in einem Jahr, der Zweite verdoppelt in einem Jahr, und beide werden belobigt und mit neuen Aufgaben versehen. Der Dritte hat gesagt: „Ich habe es vergraben, es hätte ja was passieren können.“ In der Bibel steht, wo Heulen und Zähneknirschen ist. Bei uns wird so was Bundesumweltminister. Das ist der Unterschied.

Mit Recht nimmt in allen Meinungsumfragen der letzten Jahre das Thema Wachstum und Beschäftigung eine deutliche Spitzenposition ein. Unsere Landsleute erwarten zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme sachorientierte handlungsfähige Politik, die Deutschland wieder an die europäische Spitze

führt. Deregulierung, Entbürokratisierung, Strukturreformen und Steuerentlastungen werden in Deutschland seit Jahren von allen angemahnt. Bisher mit einer geringen Resonanz, weil immer dann, wenn wir die Juristen auffordern, uns eine kürzere und verschlankte Form zu liefern, sie in der Regel mit einer schlanken Form mit 33 Ausnahmegenehmigungen kommen.

Wie kommt Europa voran? Es geht nicht darum, wie Politiker, Staatsmänner, Bankiers und Unternehmer das Projekt Europa einschätzen, dessen ökonomische und politische Vorteile auf der Hand liegen. Die entscheidende Auseinandersetzung findet um die Zustimmung der Menschen statt. Bei aller gebotenen supranationalen Ausrichtung muss Europa dem Menschen Identität, Heimat und Geborgenheit bieten. Ich wiederhole, was Edmund Stoiber Ihnen vor drei Jahren gesagt hat. Wir denken gleich, und zwar auf den Ebenen der Nationen und der Regionen, zumal die Regionen so unterschiedlich groß sind: Das Saarland mit 1,3 Millionen Einwohnern wirkt in Deutschland wie ein Landkreis, ist aber gegenüber Luxemburg ein Riesenstaat. Und umgekehrt sind Nordrhein-Westfalen oder Bayern in einer Größenordnung, in der wir die meisten europäischen Staaten überholen, ohne deswegen einen Anspruch darauf zu haben mitzureden. Wir müssen uns Strukturen und Größenordnungen überlegen, die für Europa vertretbar sind. Das muss man aber mit den Menschen diskutieren, das kann man ihnen nicht verordnen.

Bürgernah kann Europa nur sein, wenn es sich selbst der Subsidiarität verpflichtet, Entscheidungskompetenzen näher zu den Menschen verlagert und wenn wir die Diskussionen mit den Menschen führen. Wir können einen Flugplatz, den man vorher nicht zugelassen hat, heute nicht mehr bauen. Aber ein Bürgermeister, der mit seinem Regierungspräsidenten und mit den Menschen redet, wie sich das weiter entwickeln wird, wird am Ende auch eine Mehrheit bekommen. Wer dauernd den Leuten im Fernsehen beibringt, dass die Nachrichten und die Kommentare wichtiger sind als die Entscheidungen, der muss selber Kommentare sprechen und Nachrichten erzeugen, sonst geht es nicht. Auf der einen Seite stehen die Kommentatoren und auf der anderen Seite diejenigen, die in der Grundlegung eben einen ganz anderen Ansatz pflegen.

Kritik an den europäischen Erscheinungsformen, die als suboptimal zu beurteilen sind, muss von Politikern vorgebracht werden, sonst artikuliert sich diese Kritik verstärkt in der Bevölkerung. Zur Glaubwürdigkeit des europäischen Diskurses gehört elementar unsere Bereitschaft, Fehlentwicklungen zu erkennen und sie gemeinsam zu korrigieren. Nur mit Konsequenz in der Fehlerbeseitigung erhält sich Europa das Vertrauen seiner Bürgerinnen und Bürger über den Tag hinaus.

Und meine Damen und Herren, da muss in die europäische Strukturdiskussion folgende Zielsetzung eingebracht werden: Eine verbesserte, schlagkräftigere Handlungsfähigkeit in der Außen- und Friedenspolitik. Der gemeinsame europäische Beitrag zur Krisenprävention und Konfliktbewältigung, eine Finanzstruktur der EU, die mit objektiven Kriterien der Leistungsfähigkeit von Gebern und Nehmern entspricht, niemanden überfordert und niemanden benachteiligt. Wir brauchen praktisch gangbare Wege der Osterweiterung mit ausreichenden Übergangslösungen für Brückengräber wie Deutschland.

Eine Regierung muss das auch nach außen tragen und mit den Menschen besprechen. Da hilft uns der Satz nicht: Dann schauen wir mal. Das ist ein Beckenbauersatz für den Fußball, und der geht auch gelegentlich schief, wie wir in diesen Tagen feststellen. Den kann man beim besten Willen nicht heranziehen.

Ein verlässliches Instrumentarium der Regionalförderung für benachteiligte, von der Osterweiterung besonders betroffene Räume ist erforderlich, wobei ich größten Wert darauf lege, dass eine deutsche Regierung verhindert, dass die Brüsseler bestimmen, wer was wo, an welcher Stelle, zu welcher Zeit fördern darf. Das kann beim besten Willen nicht sein. Das wäre das Aufhalten der Tüchtigen zur Egalisierung der allgemeinen Leistungsfähigkeit. Das kann nicht sein.

Die paar Euro, die die Brüsseler uns noch lassen, müssen wir schon noch

selbst vergeben dürfen, egal wer. Wenn wir das nicht tun, dann kommen wir auch nie auf die Beine. Und wenn die einen blauen Brief schicken, weil Theo Waigel im Auftrag der Deutschen die Bedingungen so geschrieben hat, dass die anderen nicht herauskönnen, dann geht es nicht um eine, wie auch immer vom Bundeskanzler bezeichnete, Intrige der Union, sondern es ist ein Zeichen dafür, dass wir an der Stelle nicht genügend im Gespräch mit den Europäern sind. Wir brauchen mehr offene Diskussion.

Den Kollegen Franke habe ich ja gerade gesehen – wir beide waren zusammen an der Diskussion um Europa beteiligt. Wir haben uns zusammengesetzt und überlegt, wie formulieren wir diesen und jenen Satz. Und die Franzosen sind derweil bei jedem von uns vorbeigekommen und haben gesagt, du hast eine schöne Krawatte, und du hast eine hübsche Frau, und du bist ein netter Kerl, und du wählst mich morgen. Und alle von uns haben gesagt, warum sollen wir den Franzosen nicht wählen, ist doch ein netter Kerl. Hat auch gestimmt, aber als wir ihn gewählt hatten, da war es aber an der Zeit, sich ganz warm anzuziehen. Ich nehme an, dass wir das inzwischen besser gelernt haben, aber ein bisschen mehr Nachdruck in der Durchsetzung deutscher Interessen könnte schon auch bei uns sein.

Die Deutschen haben in aller Welt einen Ruf, den wir uns in den letzten 50 Jahren als Demokraten besonderer Qualität mit all den schlechten Erfahrungen, die wir gesammelt haben, erwerben konnten. Deswegen ist es unser gutes Recht, auf der Basis unseres Grundgesetzes an den Diskussionen in aller Öffentlichkeit und in der Welt teilzunehmen, die darüber bestimmen, wie wir mit unseren Konditionen dieser Tage umgehen. An dieser Diskussion muss man sich beteiligen und darf man sich nicht ausklinken. Dazu braucht man einen Verteidigungsminister, der glaubwürdig unsere Positionen vertritt. Dazu braucht man einen Außenminister, der nicht nur Gespräche am Kamin führt, sondern der konsequent eine deutsche Linie erkennbar macht. Und diese deutsche Linie ist eine, die an der Seite Israels zu stehen hat, ohne deswegen eine absolute Vasallentreue wegen geschichtlicher Vorgänge zu praktizieren.

Das heißt, ein deutliches Wort unter Freunden ist immer angebracht. Die Frage ist, ob ich es in aller Öffentlichkeit aussprechen muss, und die Frage ist, wie ich mit dieser geschichtlichen Wahrheit umgehe, weil sie uns den Auftrag vermittelt, in die Zukunft hinein dafür zu sorgen, dass sich Ähnliches nie wieder wiederholt, egal aus welcher Ecke. Und da habe ich das Gefühl, sind wir nicht präpariert genug. Wir haben als Zweites dringend die Freiheiten deutlich zu machen, die wir dank der Siegermächte gewonnen haben, nicht einvernehmlich, die Russen wollten das ja nicht, und die Engländer und Franzosen, glaube ich, auch nicht so richtig. Die sind inzwischen gescheiter geworden. Das waren eigentlich die Amerikaner.

Da wir uns diese Freiheit erworben haben und davon so profitieren, ist es unser Auftrag, diesen Freiheitsgedanken in die Welt hinauszutragen, und das wiederum geht am ehesten, indem wir uns auf unsere fünf Prinzipien zurückbesinnen, die den christlich-abendländischen Gedanken ausmachen: Personalität, Solidarität in der neuen Definition, Subsidiarität in der praktischen Ausführung, Verfassungstreue, und jetzt bleibe ich noch einmal einen Augenblick bei der Toleranz stehen.

Toleranz, das ist von der Definition her der Auftrag an den Einzelnen, den Anderen mit seiner Meinung ernst zu nehmen, weil er wider Erwarten morgen im Besitz der Wahrheit gewesen sein könnte. Das ist Toleranz. Alles andere sind Definitionen, die uns im rheinischen Karneval oder sonst wo einfallen, und dann mit zwei LL geschrieben werden. Nein, ich halte es für zwingend notwendig, dass wir uns darauf besinnen, dass Toleranz nicht das Zugeständnis an den Anderen ist, es zu machen, wie er will. Sie ist vielmehr das Zugeständnis an den Anderen, sich an der Diskussion mit einer abweichen den Meinung zu beteiligen so wie ich auch und mit mir zusammen zu überlegen, wo zwischen unseren Positionen die richtige liegt oder welche der beiden oder welche dritte dann am Ende für uns tragfähig wird.

Toleranz ist ein Arbeitsbegriff und kein Genussbegriff. Toleranz ist ein Begriff, mit dem ich mich nicht entlasten kann, sondern Verantwortung über-

nehme. Und deswegen schließe ich, nachdem mein Vater schon hier war und jetzt ich, mit meiner Mutter, die ihre fünf Söhne beauftragt hat, als sie heiraten wollten – alle fünf, wir haben es auch gepackt –: „Heirate eine Frau, von der du glaubst, dass du sie ein Leben lang glücklich machen willst. Alles andere kommt von selbst.“ Darin liegen sehr viele Weisheiten.

Wenn ich den Anderen zum Maß meiner Entscheidung mache und wenn ich meinen eigenen Fortschritt daran messe, ob er auch anderen einen bringt, dann scheine ich richtig gehandelt zu haben. Wenn der andere durch eine Benachteiligung so weit beiseite geschoben wird, dass er unter Umständen daraus und aus dem Frust, der daraus erwächst, plötzlich Widerstand leistet, und dadurch neue Konflikte erwachsen, dann ist etwas falsch gelaufen. Wenn ich mir das zu bedenken angewöhne, dann hat das 21. Jahrhundert in Europa und im christlichen Gedankengut eine Chance, ansonsten wiederholen wir römische Kriegsgeschichte von vor 2000 Jahren. Und es gibt Beispiele in der Weltgeschichte, die Chinesen nenne ich als eines davon, die lange genug darunter gelitten haben, dass sie eine Zeit lang auf solche Grundsätze verzichtet haben.

In diesem Sinne bin ich Ihnen dankbar, dass Sie die Toleranz aufgebracht haben – mit einem L –, mir so lange zuzuhören, und die mit zwei LL gelegentlich auch noch darüber zu lachen. Einen guten Abend. ■